



PERSONALRATSWAHL 2016



ZOS/Gef

Ende des Jahres werden bei der Feuerwehr, dem LABO und der Polizei neue Personalräte gewählt. Eine Chance, die es zu nutzen gilt und bei der die Wahl auf diejenigen fallen sollte, die mit großem persönlichen Engagement für die Interessen vieler eintreten. Auch beim Zentralen Objektschutz (ZOS) und dem Referat Gef liegt einiges im Argen, gut 2250 Kolleginnen und Kollegen müssen entscheiden, wie es weitergeht.

Die vergessenen Referate

Wer beim Zentralen Objektschutz und dem Referat Gefangenenwesen arbeitet, bekommt kostenlosen Geschichtsunterricht. Die etwa 2000 Tarifbeschäftigten und gut 250 verbeamteten Kolleginnen und Kollegen werden damit konfrontiert, dass hier die Uhren stehen geblieben sind, alles aus einer längst vergangenen Zeit stammt. Bei Themen wie den Arbeitsbedingungen, dem Arbeitsschutz, der korrekten Anwendung und Umsetzung des Tarifrechts, der Stellenstruktur und organisatorischen Problematiken dürfen Mann und Frau sich hier fühlen, als läge ein tonnenschwerer Deckel auf ihren Referaten. Beförderungen sind absolute Mangelware, Perspektiven für Tarifbeschäftigte eine seltene Ausnahme. Unterbringung, Pausenräume und Aufenthaltsräume haben seit zwei Jahrzehnten keine Farbe mehr gesehen. Umkleieräume und Schränke rosten. Auch bei der Ausstattung wird wenig



Herrenlose Gepäckstücke sorgen beim ZOS immer wieder für Aufregung.

für die Beschäftigten getan. Adäquate Uniformteile – beispielsweise eine Winterjacke – haben sich die Entscheider auch nicht wirklich auf die To-do-Liste geschrieben.

Eigentor Planungssoftware

Die Sachbearbeiter in der Dienstplanung ZOS geben sich große Mühe, den Wünschen und Anforderungen aller gerecht zu werden. Der Optimierer – eine Software, die diese Planung automatisch erledigen und so für ein wenig technische Innovation sorgen sollte – wurde auf Druck des Personalrats nach kurzer Zeit abgeschaltet. Schönes Experiment, ist aber ordentlich in die Hose gegangen. Mittlerweile ist PuZMan beim ZOS zum Unwort des Jahres auserkoren worden. Ob Zusatzurlaub, gebuchte Arbeits- oder Mehrstunden – irgendwann ging rein gar nichts mehr. Die massiven Beschwerden des Personalrats verhinderten Schlimmeres. Nachdem das Pro-

blem öffentlich gemacht wurde, setzte der Präsident die Ausschlussfristen des TV-L außer Kraft, sodass keinem Beschäftigten Nachteile entstehen konnten. Dieser Zustand hält noch immer an.

Die Beschäftigten werden im Regen stehen gelassen

Die Beschäftigten des ZOS, nach neuem Recht eingruppiert in die EG 4, scheinen langsam auszusterben. Die hohe Verantwortung sowie die vor dem Hintergrund der aktuellen Terrorgefahr steigende Gefahr zollen großen Tribut. Dennoch stehen die PAngOS bei Wind und Wetter, rund um die Uhr, sonntags und feiertags ihren Mann oder ihre Frau. Wie lange das noch so sein wird, darüber kann man derzeit nur spekulieren, denn immer mehr von ihnen zweifeln aufgrund der eklatanten Disbalance von Aufgabenpensum und Bezahlung an ihrem Job. Unsere politische Führung hat die hohe Belastung scheinbar komplett aus den Augen verloren. Ob der geplante Acht-Stunden-Dienst Entlastung bringt, muss bezweifelt werden.

Auch beim Gefangenenwesen leidet man seit Jahren unter fehlender Verstärkung. Immerhin konnte man jetzt mal 24 neue Mitglieder beim Referat begrüßen. Selbst mit ihnen liegt der Altersdurchschnitt bei knapp 55 Jahren. Bekommt der ZOS in Zukunft kein neues Personal, wird auch das Gefangenenwesen nicht mit notwendigen Kräften bestückt. Personalmangel, hohe Krankenstände sowie das ständige Springen von Gewahrsam zu Gewahrsam machen den Alltag unerträglich. Der zur Verfügung stehende Fuhrpark ist eher ein Hindernis als eine Arbeitshilfe, die Gebäude sind marode, die Rahmenbedingungen für Beschäftigte nicht wirklich besser. Dass man in der Stadt den Sparhammer niedergewälzt hat, ist beim ZOS und Gef in jedem Bereich zu spüren. Der enge Zusammenhalt kleiner Teams ist der einzige Grund, warum es überhaupt noch funktioniert. Es ist das Miteinander und die gemeinsame Motivation, auf die man stolz sein kann, wenn man zu den letzten Kämpfern beim ZOS und Gef zählt.

Andreas Jensch



Beim Referat Gefangenenwesen kommt man gerade in den Abendstunden viel mit den Kolleginnen und Kollegen der Einsatzhundertschaften in Kontakt.

Fotos: Spreepicture





**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

in den vergangenen Monaten haben wir für unsere Deutsche Polizei mit acht Politikern über ihre Zukunftsvisionen für unsere Stadt gesprochen. Ihre Antworten schürten unser Interesse, machten Hoffnungen, relativierten Befürchtungen. In knapp sieben Wochen werdet auch Ihr hoffentlich an die Wahlurnen treten und Eure zwei Kreuze setzen. Um nochmal zu schauen, wer die eigene Meinung am besten vertritt, haben wir die Kernaussagen unserer Interviewpartner zu den entscheidenden Themen rund ums LABO, die Feuerwehr und die Polizei zusammengefasst. Wir werden sehen, wer am Ende Wort hält, doch eines ist klar: Wir haben ihre Versprechen spätestens mit dieser Ausgabe schwarz auf weiß.

**Viel Spaß beim Lesen,
Eure Kerstin Philipp**

Von ähnlicher Optik und differenten Befugnissen

Es gibt viele gefährdete Objekte in der Hauptstadt. Meine Kolleginnen und Kollegen beim Zentralen Objektschutz sorgen mit ihrer Präsenz dafür, dass jüdische Einrichtungen ebenso geschützt werden wie auch die zahlreichen diplomatischen Vertretungen. Sie sorgen für Sicherheit, 24 Stunden am Tag, bei glühender Hitze und prasselndem Regen, sind stets erkennbar, sorgen aber selten für großes Aufsehen.

Belastbarkeit, Aufmerksamkeit und Fingerspitzengefühl

Belastbarkeit, Aufmerksamkeit und Fingerspitzengefühl im Umgang mit Diplomaten und bevorrechtigten Personen ist die goldene Trias, mit der sie ihrer täglichen Arbeit nachgehen. Auf den ersten Blick scheinen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZOS denen der Schutzpolizei zu gleichen. Doch allein die Ähnlichkeit der Dienstkleidung beschert ihnen nicht dieselben Handlungsmöglichkeiten. So werden sie von Bürgern beschimpft, weil sie ihnen in vielen Fällen nicht weiterhelfen können. Ein Umstand, der sich mit mehr Befugnissen ausmerzen ließe.

Softwareprobleme sorgen für Unruhe und zusätzliche Belastung

Mittlerweile sehe ich mir den nicht zufriedenstellenden Zustand als Sachbearbeiterin einer Objektschutzeinheit beim ZOS seit mehr als einem Jahr an, gar seit 2012 als stellvertretende Frauenvertreterin bei der Direktion Einsatz (zuvor Direktion Zentrale Aufgaben), wie mit den Rechten der Kolleginnen und Kollegen umgegangen wird. Seit Ende Juni 2015 wird ein neues Arbeitszeitmodell erprobt – ein reiner Acht-Stunden-Wechselschichtdienstplan mit sechs aufeinanderfolgenden Dienstantritten. Die parallele Einführung PuZ-Mans hat beim ZOS für viel Unruhe gesorgt. Zahlreiche Feinheiten, die bei der Software nicht funktionierten, trieben so manch einen in die Verzweiflung. Noch sind nicht alle Probleme beseitigt, insbesondere hinsichtlich der Stundenkontenführung. Immer wieder treten Verschiebungen in den geleiste-



Claudia Starke Foto: Sabeth Stickforth

ten oder abgebauten Stunden auf, so dass es keine beständige klare Übersicht gibt. Zudem fehlt vielen der Zugang zum MAP-Rechner, um ihre Dienstzeiten einzusehen bzw. zu kontrollieren. Bis heute haben sie keine erforderliche Schulung für den Zugang zum MAP-Rechner erhalten. Da die entsprechenden Schulungsräume fehlen, scheint das Problem vorerst nur in ferner Zukunft lösbar zu sein.

ZOS und Schupo sind gar nicht so verschieden

Hinzu kommt, dass das Onlineportal für die Bestellung von Bekleidung von vielen nicht bedient werden kann. Hier darf man schon mal fragen, wie lange die Kolleginnen und Kollegen noch warten sollen. Es ist allein dem großen Engagement der Posten- und Streifenführer beim Zentralen Objektschutz zu verdanken, dass es überhaupt noch eine Kommunikationsbrücke zur Basis gibt und benötigte Bekleidung angeschafft werden kann. Es ist nur eines der vielen Probleme, von der auch die Schutzpolizistinnen und -polizisten ein Lied singen können. So verschieden sind die Bereiche also gar nicht, wenn man die Befugnisse mal außer Acht lässt.

Im Übrigen werden nach wie vor noch geeignete weitere Interessenten für die Tätigkeit des Objektschutzes gesucht. Nähere Informationen kann man unter <https://www.berlin.de/po-lizei/beruf/objektschutz/> einsehen.

Claudia Starke



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Benjamin Jendro
Tel. 0 30/21 00 04-13
E-Mail: jendro@gdp-berlin.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter

Claudia steht vor einem Audi TT in der Invalidenstraße. Er steht auf dem Bordstein, sie notiert das Kennzeichen. Mit Kollege Stephan ist sie schon drei Stunden unterwegs, die Sonne scheint, viele Leute laufen an den beiden vorbei. Ein Mann kommt auf sie zu – der Fahrer des Wagens. Er meint, nur zwei Minuten weg gewesen zu sein, bittet darum ein Auge zuzudrücken, er musste doch schnell seine kranke Mutter wegbringen. Claudia und Stephan haben ihn vor einer Viertelstunde hier anhalten sehen, ohne kranke Mutter im Gepäck, mit Smartphone und Coffee-to-go-Becher aussteigend und locker wegschlenkernd. Nach fünf Minuten Gespräch und acht verschiedenen Ausreden wird der Mann plötzlich aggressiv. Er schubst Claudia gegen die Hauswand, steigt ein und rast davon.

Angriffe nicht statistisch erfasst

Ende Juni gab es eine Anfrage der SPD-Abgeordneten Franziska Becker zu lesen. Sie wollte wissen, wie öffentlich Bedienstete im Land Berlin vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt werden. Quintessenz der Senatsantwort auf die insgesamt 16 Fragen: Man hat das Thema seit 2013 auf der Agenda und es gibt eine Kampagne für mehr Respekt gegenüber Mitarbeitern/-innen des öffentlichen Dienstes. Dass diese noch nicht wirklich fruchtet, zeigt der spürbare Anstieg an Übergriffen, den man mit validen Zahlen nicht belegen kann, weil derartige Vorfälle statistisch noch nicht ausreichend erfasst werden.

Mittlerweile wurden bereits 13 Seminare zum Thema Gefahrenfrüherkennung über Wertung von Mimik und Gestik für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter durchgeführt. Wie groß die Gefahr für die betroffene Berufsgruppe aber wirklich ist, kann keiner sagen. Zu diesem Zweck habe ich einen Fragebogen entwickelt, der freiwillig und anonym auszufüllen war. Ziel war es, über die Auswertung dieser Erfahrungen sogenannte Täterprofile zu erstellen, um den Mitarbeitern/-innen

eine Hilfestellung für den täglichen Dienst zu geben. Selbstverständlich lässt das Zusammengetragene keine abschließenden Aussagen über den typischen Angreifer und sein Vorgehen zu. Jeder Angriff ist individuell, jeder Mensch ist es. Nichtsdestotrotz können die Antworten einen ersten Einblick in dieses Themenfeld bieten. Neun Berliner Bezirke haben sich beteiligt, 362 Bogen von angegriffenen Kolleginnen und Kollegen kamen zusammen. Besonders ergreifend waren die vielen handschriftlich hinzugefügten Kommentare, die massive Gewalterfahrungen bezeugen.

Angriffe aus heiterem Himmel, an Hauptstraßen und bei Tageslicht

Die Ergebnisse meiner Umfrage ergaben, dass Männer und Frauen zu nahezu gleichem Anteil Erfahrungen psychischer und physischer Gewalt während des Dienstes erleiden mussten. 59 Prozent von ihnen sind in der Parkraumbewirtschaftung (PRK) tätig, 41 Prozent im Allgemeinen Ordnungsdienst (AOD). Die meisten Übergriffe geschahen bei Tageslicht, überwiegend an belebten Hauptstraßen und so im Beisein von Zeugen. Interessanterweise wirkt der Dienst in Doppelstreifen in der jetzigen Form nicht als Sicherheitsfaktor.

In 63 Prozent aller Fälle geschieht der Angriff nach einer Verkehrsordnungswidrigkeit. Bei jedem neunten Angriff kam eine Waffe zum Einsatz. In 18 Prozent der Vorfälle setzten Außendienstmitarbeiter vom AOD Waffen zum Schutz ein. Anders als die Mitarbeiter PRK dürfen sie bewaffnet sein.

Facts über den typischen Angreifer:

- männlich, mittleren Alters, von normalem Körperbau,
- allein handelnd, ohne Drogen- oder Alkoholeinfluss,
- begeht vorab eine Verkehrsordnungswidrigkeit,
- führt vor der Tat ein Gespräch, greift überraschend an,
- attackiert am Tag an Hauptstraßen und ohne Rücksicht auf Zeugen.



Der Experte: Ronald Mikkeleitis (54)

- seit 1991 Bezirksamt Tiergarten,
- seit 2001 Bezirksamt Mitte,
- seit 2004 Leiter des Außendienstes/Ordnungsamt,
- seit 2016 nebenberuflich Dozent für die VAK.

Fast neun von zehn Taten geschehen aus heiterem Himmel. Meist gab es im Vorfeld sogar ein Gespräch (65 Prozent). Im Anschluss an die Taten wurde zu 57 Prozent die Polizei gerufen, zwei Drittel zeigten ihren Angreifer an. Die Hälfte von ihnen flüchtete noch vor der Feststellung der Personalien.

Jeder Sechste wurde verletzt

Das durchschnittliche Opfer einer Gewalttat gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes ist zwischen 1,71 und 1,80 m groß, wiegt zwischen 71 und 90 kg, ist selbstbewusst und hat die Uniform ordentlich getragen. Unter den 362 ausgefüllten Bogen befanden sich insgesamt 60 verletzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In 90 Fällen – ein Viertel – erlitten sie psychische Folgen wie Schlaflosigkeit oder Depressionen. Gerade einmal ein Drittel der Betroffenen nahm anschließend psychologische Hilfe in Anspruch.

Es wird in Zukunft wichtig sein, die angegriffenen Kolleginnen und Kollegen mithilfe von Gesprächen und Beratungsangeboten auf ihrem Weg hin zur Normalität zu begleiten und durch einen Ausbau an Seminaren und Fortbildungskursen zu schulen, um präventiv Angriffen vorzubeugen. Die komplette Untersuchung findet sich auf der Homepage der Verwaltungsakademie Berlin (www.berlin.de/vak).





**Hakan Tas (49, Die Linke):
Gemeinsame Konzepte**

Besoldung: Wir brauchen ohne Wenn und Aber mehr Personal, das aber auch nicht schlechter bezahlt werden darf als in anderen Bundesländern. Inzwischen haben wir 500 Millionen Überschuss, was unserer damaligen Sparpolitik zu verdanken ist. Das sollte man in Personal, den Bürgerservice und die Sicherheit investieren. Dafür brauchen wir eine Regierung, die Missstände ernsthaft beseitigen möchte. Wir hätten uns mehr leisten können als das halbe Prozent, das den Tarifbeschlüssen nun hinzugefügt wird.

Sicherheit: Man muss davon wegkommen, dass Menschen das Gefühl haben, die Sicherheitsbehörden würden sie alleinlassen. Wir benötigen an bestimmten Orten durchsetzbare Konzepte. Dafür müssen Polizei, Bürger und Bezirk an einen Tisch. Unsere bestehenden Gesetze reichen also vollkommen aus. Wir müssen sie nur richtig anwenden und brauchen mehr Personal, damit die Effektivität der polizeilichen Arbeit sichergestellt ist.

Personal: Wir haben in vielen Bereichen das altbewährte Problem der chronischen Unterbesetzung der Polizeidienststellen. Die Polizei ist bewerbetechnisch gut aufgestellt. Hier müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die Leute so fit bekommen, dass sie die Aufnahmeprüfung bestehen. Um sie dann zu halten, müssen wir Aufstiegschancen bieten. Eine Anpassung der Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sind Grundlage für Zufriedenheit. Nur so können wir absichern, dass junge Leute hierbleiben.

Feuerwehr: Klar ist, dass auch hier zu viel gespart wurde. Die Frage muss sein, wie wir die Berliner Feuerwehr attraktiver gestalten können. Das beinhaltet auch die Frage danach, wie wir Jugendliche mit Migrationshintergrund für die Feuerwehr begeistern können. Das Berufsbild scheint bisher nicht so interessant, ist es aber. Natürlich müssen wir die Menschen dann erst einmal ausbilden, denn aus anderen Bundesländern werden wir sie kaum anlocken können.



**Frank Henkel (52, CDU):
Eingeschlagenen Weg weitergehen**

Sicherheit: Ich habe immer ganz klar gesagt, dass ich keine rechtsfreien Räume dulde. Dazu gehört, dass wir den Aufwand erhöhen, wo es Fehlentwicklungen gibt. Die Opposition redet davon, dass wir z. B. im Görli Einsatzkräftestunden verbraten. Fakt ist, dass wir, wie bei anderen Kriminalitätsschwerpunkten auch, später einen weitaus höheren Preis zahlen müssten, wenn wir nicht gegensteuern. Sicherheit muss erfahrbar sein.

Personal: Wir müssen den eingeschlagenen Weg von 1000 neu geschaffenen Stellen weitergehen. Natürlich gewinnen Sie nicht die Erkenntnis, dass Sie mehr Personal brauchen, treten am Platz der Luftbrücke auf die Straße, rütteln am Baum und es fällt ein fertiger Polizist herunter. Die dünne Personaldecke wird auch in Zukunft die größte Herausforderung bleiben, gerade auf den Abschnitten. Wir sollten uns verstärkt der Ausbildung und Fortbildung, der Ausrüstung sowie den generellen Arbeitsbedingungen annehmen.



**Ramona Pop (38, Bündnis 90/Die Grünen):
Keine Bürgerwehren oder Hilfssheriffs**

Besoldung: Der rot-rote Sparkurs hat Berlins Beamte hart getroffen, Innensenator Henkel beim Thema Besoldung viel versprochen und wenig umgesetzt. Hier müssen alle Parteien Wort halten! Wir wollen schon im Jahr 2022 den Bundesdurchschnitt erreichen, nicht erst 2030 wie der Senat.

Arbeitsbedingungen: Dass die Polizei eine Million Überstunden vor sich herschiebt, ist ziemlicher Wahnsinn. Das liegt daran, dass wir zu wenig Personal haben und mehr als 1000 Stellen nicht besetzt sind. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss einen anderen Stellenwert bekommen. Ein starres einheitliches Arbeitszeitmodell ist wenig gewinnbringend, es muss mehr Spielräume geben.

Sicherheit: Das Gewaltmonopol liegt bei der Polizei. Wir brauchen keine Bürgerwehren oder Hilfssheriffs. Allerdings müssen wir über das enorme Aufgabenspektrum der Berliner Polizei – aber auch der Feuerwehr – sprechen. Wir übernehmen ständig mehr Aufgaben für den Bund, der diese aber finanziell unzureichend unterstützt.



**Tom Schreiber (37, SPD):
Masterplan für Innere Sicherheit**

Struktur: Die Gesellschaft hat sich verändert, ist polarisierter, es werden Halbwahrheiten verbreitet. Berlin braucht einen Polizeibeauftragten, der nach innen auf die Behörde einwirkt und nach außen Beschwerden nachgeht. Gemeinsame Gespräche können helfen. Wir brauchen deshalb breitere Präsenz, Ansprechbarkeit und mehr KOBBS.

Ausrüstung: Niemand möchte Polizisten, die wie Robocop aussehen, aber wir brauchen alles, was zum Eigenschutz nötig ist. Das Wichtigste ist derzeit, dass die Beamtinnen und Beamten mit modernen Handfeuerwaffen ausgestattet werden. Damit einher geht die zügige Sanierung der Schießstände. Außerdem muss die bestmögliche Schutzweste gestellt werden. Taser und Bodycams sollte man probeweise testen.



UNSERE IDEEN FÜR BERLINS ZUKUNFT



**Michael Müller (51, SPD):
Sicherheit für Auszubildende**

Besoldung: Die finanzielle Situation ist ein Problem, das wir nicht wegdiskutieren können. Der Bund kann immer flexibel reagieren. Wir müssen zusehen, dass wir die finanziellen Rückstände Schritt für Schritt aufholen, die allgemeine Arbeitssituation verbessern und durch mehr Einstellungen die Kolleginnen und Kollegen entlasten.

Ausbildung: Wir überlegen, wie wir mit dem letzten Ausbildungsjahr umgehen, ob sich da nicht ein Beamtenverhältnis auf Probe realisieren lässt und so mehr Sicherheit entsteht. Das Problem ist, dass das letzte Jahr sehr praxisorientiert ist, die Auszubildenden schon auf der Straße Dienste übernehmen. Da wird man als normaler Polizist wahrgenommen und ist potenziell gefährdet durch Widerstand und Gewalt. Hier fehlt versicherungs- und versorgungstechnische Sicherheit.

Arbeitsbedingungen: Es bedarf endlich die notwendige Rechtsgrundlage, um Polizisten vor Gewalt zu schützen. Attacken auf Polizisten müssen als Straftatbestand definiert werden. Außerdem kann es nicht sein, dass sich die Beamten bei einem Einsatz Gedanken darüber machen müssen, wie der Anwalt bezahlt wird, wenn Straftäter Anzeigen stellen. Der Rechtsschutz der Beamten muss über die Behörde gesichert sein.



**Florian Graf (42, CDU):
Brauchen junge Leute**

LABO: Wir müssen Rückstände abarbeiten, ein zentrales Bürgeramt für häufig erfragte Angelegenheiten schaffen und Organisationsstrukturen hinterfragen. Es bedarf mehr Personal. Doch es ist auch wichtig, dass die Bezirke die Stellen rasch besetzen. Wir müssen hier schnell die Kurve bekommen, die Bürgerämter sollten die Visitenkarte der Verwaltung darstellen.

Ausbildung: Wir brauchen junge Leute und bekommen sie nur, wenn wir Ausbildungskapazitäten hochfahren und Perspektiven aufbauen. Wir müssen darüber nachdenken, ob man über Eingangämter bestimmte Anreize schaffen kann. Ein anderer Schritt ist es, sich bereits im Doppelabitur um die Rekrutierung junger Talente zu bemühen. Hierfür lässt sich das unglaubliche Fachwissen von Pensionären nutzen. Polizist oder Feuerwehrmann zu sein, ist eine Lebensaufgabe, die Erfahrenen könnten das weitergeben.

Arbeitsbedingungen: Es bedarf endlich die notwendige Rechtsgrundlage, um Polizisten vor Gewalt zu schützen. Attacken auf Polizisten müssen als Straftatbestand definiert werden. Außerdem kann es nicht sein, dass sich die Beamten bei einem Einsatz Gedanken darüber machen müssen, wie der Anwalt bezahlt wird, wenn Straftäter Anzeigen stellen. Der Rechtsschutz der Beamten muss über die Behörde gesichert sein.

Ausbildung: Wir brauchen junge Leute und bekommen sie nur, wenn wir Ausbildungskapazitäten hochfahren und Perspektiven aufbauen. Wir müssen darüber nachdenken, ob man über Eingangämter bestimmte Anreize schaffen kann. Ein anderer Schritt ist es, sich bereits im Doppelabitur um die Rekrutierung junger Talente zu bemühen. Hierfür lässt sich das unglaubliche Fachwissen von Pensionären nutzen. Polizist oder Feuerwehrmann zu sein, ist eine Lebensaufgabe, die Erfahrenen könnten das weitergeben.



**Benedikt Lux (34, Bündnis 90/Die Grünen):
Moderne und weltoffene Polizei**

Ausrüstung: Der Digitalfunk funktioniert nicht, er deckt Berlin nicht ab. Diese Lücken darf es nicht geben. Vielleicht lässt sich mit Tasern in manchen Einsätzen die Schusswaffe ersetzen, flächendeckend macht es keinen Sinn. Das gilt für Bodycams ebenso.

Personal: Wir müssen unbedingt die Ausbildungskapazitäten hochfahren und Arbeitszeiten, Familienfreundlichkeit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz verbessern. Spezialisierungen sind nötig, da auch die Kriminalität sich weiter spezialisiert. Im Generationswechsel sehe ich eine riesige Chance, die Polizei noch moderner und weltoffener zu gestalten. Wir brauchen einen besseren Führungsstil.

Feuerwehr: Bei den Einnahmen durch Feuerwehrgebühren ist Spielraum entstanden, um besser zu bezahlen und zusätzliche Helfer einzustellen. Ein anderer Hebel ist das Notfallsanitätärgesetz. Die Qualifikation der Rettungssanitäter muss man erhöhen und entsprechend belohnen.



**Jan Stöß (42, SPD):
Alltagskriminalität bekämpfen**

Personal: Berlin ist seit einigen Jahren eine wachsende Stadt und das muss sich auch in der Sicherheitsarchitektur und der Verwaltung widerspiegeln. Wir wollen pro 10 000 neue Bürger auch 100 neue Polizisten einstellen. Sicherlich müssen wir auch sehen, dass wir Versäumnisse der Vergangenheit ausgleichen.

Sicherheit: Es geht vor allem um die Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Formen der Alltagskriminalität bekommen die Berliner jeden Tag zu spüren. Es bedarf eines neuen Ansatzes, um hier ein realistisches Sicherheitsgefühl zu schaffen und zu verhindern, dass das Recht des Stärkeren gilt. Städtebaulich lässt sich da einiges machen, um Angstzonen beispielsweise am Rathausforum oder auf dem Alexanderplatz präventiv entgegenzuwirken.

Sicherheit: Es geht vor allem um die Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Formen der Alltagskriminalität bekommen die Berliner jeden Tag zu spüren. Es bedarf eines neuen Ansatzes, um hier ein realistisches Sicherheitsgefühl zu schaffen und zu verhindern, dass das Recht des Stärkeren gilt. Städtebaulich lässt sich da einiges machen, um Angstzonen beispielsweise am Rathausforum oder auf dem Alexanderplatz präventiv entgegenzuwirken.



Unsere Kampagne 2016



Das lässt sich sehen! Die Kampagne zeigt, wofür wir uns einsetzen: wichtige Themen wie Gehalt, Familienzeit, Personal und Ausstattung sind die Eckpfeiler unserer Personalratsarbeit.

Das neue Maskottchen „Polinchen“ hilft uns dabei, es macht auf ungewöhnliche Art klar, dass Berlin auf keinem anderen Stern liegt – und deshalb ein bundeseinheitliches Gehalt nur gerecht ist.

Damit Berlin nicht Schlusslicht bleibt, brauchen wir Deine Stimme: Wähle Deine Kandidaten der GdP!



Wahl der Frauenvertreterin 2016



Handzettel



Website

Personalratswahlen 2016



Plakate vor der Wahl: Kommunikation der wichtigen Themen



Plakate zur Wahl (Auswahl)

Website



Aktionsmaterialien zu den Themen Ausstattung, Gehalt und Stellensterben (Auswahl): Aufsteller, Buttons, Tabletaufgaben und Bodenaufkleber



Der steinige Weg zur Stadt der guten Arbeit

Berlin wächst, das ist längst kein Geheimnis mehr. Dass damit auch große Herausforderungen verbunden sind, kann sich auch jeder denken. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller muss sich, allein schon vom beruflichen Standing her, mit den vielschichtigen Problemlagen auseinandersetzen. Er hat Visionen, die Situation zu verbessern, propagiert beispielsweise eine „Stadt der guten Arbeit“. Das klingt dann erst einmal nach einer Vision, die man aus aktueller Sicht als tollkühn einstuft.

Vier wichtige Stellschrauben

Jeder, der im öffentlichen Dienst seine Brötchen verdient, kennt die „herausragenden“ Arbeitsbedingungen, mit denen man sich tagtäglich herumphagen muss. Doch wir haben in den letzten Jahren eben auch gelernt, dass der Weg oft das Ziel ist. Michael Müller nutzte den Tag der Arbeit, um gemeinsam mit dem DGB Berlin-Brandenburg sowie den acht

Nadja Bundukji-Huber (li.) und DGB-Vorsitzende Doro Zinke (re.) beim Schulterschluss mit dem Regierenden Bürgermeister für eine Stadt der guten Arbeit.

Foto: Margit Köppling



DGB-Gewerkschaften Aspekte der politischen Lage zu erörtern. Man kam zur gemeinsamen Einsicht, dass vor allem an vier Stellschrauben gedreht werden muss: Wir brauchen erstens einen Personalaufbau, der dem Bevölkerungszuwachs gerecht wird. Zweitens wird es darum gehen, einen Personalbedarfsplanung für die Feuerwehr, die Polizei und die Schulen zu erstellen, die Krankenstände und das massive Überstundenvolumen berücksichtigt. Drittens muss Beamten eine Perspektive bei der Besoldung sowie den Möglichkeiten der Personalentwicklung in Aussicht gestellt werden. Vierter großer Schwerpunkt ist eine intensive und nachhaltige Nachwuchswerbung.

Positive Trendwende nur mit starker Solidargemeinschaft

Um diese Ziele zu erreichen oder zumindest den steinigen Weg ernsthaft in Angriff zu nehmen, bedarf es einer starken, gewerkschaftlich verankerten Solidargemeinschaft, deren personalisierte „Speerspitzen“ unsere Nöte und Anregungen wieder und immer wieder dem Senat und seinen Spitzenpolitikern vor Augen führen. Nur so lässt sich eine positive Trendwende im öffentlichen Dienst herbeiführen. Da schadet es nicht, wenn sich jeder aktiv oder passiv in die GdP einbringt. Jeder hat es selbst in der Hand und jedes neue Mitglied sorgt für eine Stärkung und Bereicherung.

Nadja Bundukji-Huber

Einblick in Fernost

Berlins Polizisten haben es nicht leicht. Die widrigen Arbeitsbedingungen sind jetzt auch in die oberen politischen Sphären durchgedrungen. Spürbare Verbesserungen lassen dennoch auf sich warten. Anfang Juli durfte unser Fachausschuss Kriminalitätsbekämpfung mit Prof. Dr. Minwoo Yun von der Gachon University aus Seoul einen asiatischen Kriminologen begrüßen. Fazit des unterhaltsamen Besuchs – es geht noch schlimmer.

Journalisten als Tatortermittler

Seit 1999 widmet sich Prof. Dr. Yun den Themen Polizeiarbeit und Terrorismus. In beiden Bereichen gilt er als anerkannter Experte, von dessen Wissen die südkoreanische Regierung profitiert. Bedarf gibt es ohne Ende. Bis 1987 galt in Südkorea Folterung als aner-



Prof. Dr. Yun hat die südkoreanische Polizeiarbeit revolutioniert Foto: GdP

kannte Polizeimaßnahme. In der Folge hat sich viel verändert, mit gravierenden Folgen für die Polizisten. Mittlerweile stürmen Medienvertreter neben Ermittlern an einen Tatort. Das System schützt Journalisten, die Polizisten aber nicht. Kein Polizist traut sich, einen Schuss aus seiner Waffe abzugeben, zu groß die Ungewissheit über strafrechtliche Folgen. Ohnehin haben sie gerade einmal vier scharfe Patronen im Gepäck. Werfen ist effektiver als Schießen lautet ein Grundsatz. Verbessert wird die Ausrüstung nicht. Die Angst davor,

der Polizei zu viel Macht zu geben, ist zu groß.

Polizeiarbeit in den Kinderschuhen

Südkorea steht im Fokus des dschiha-distischen Terrorismus, der neben den Angriffen durch Hacker die größte Gefahr für die innere Sicherheit darstellt. Gewappnet ist man für beides nicht. Yun zeigte anhand einiger Videos, wie unkoordiniert Polizeiarbeit abläuft. Bis 2010 gab es keine strategischen Vorgaben für die Bewältigung von Amoklagen und Geiselnahmen – nicht selten eskalierte die Situation. Gemeinsam mit Kollegen hat er ein Konzept entwickelt, durch das südkoreanische Polizisten besser auf solche Ausnahmesituationen vorbereitet werden. Seit 2012 greifen diese Mechanismen, wobei der Experte keinen Hehl darum machte, dass südkoreanische Polizeiarbeit noch in den Kinderschuhen steckt. Benjamin Jendro



INNOVATIONEN

Zu Besuch auf der GPEC 2016

Vom 7. bis 9. Juni öffnete sich in Leipzig die Pforte zur nunmehr 9. General Police Equipment Exhibition & Conference, kurz GPEC. Alle zwei Jahre treffen bei der Internationalen Fachmesse für Polizei- und Spezialausrüstung rund 500 Aussteller aus etwa 30 Staaten zusammen und informieren Besucher aus der ganzen Welt über die neuesten Errungenschaften. Mit Martin Hinze und Andreas Volkmann waren auch zwei GdP-Personalräte der Dir E mit von der Partie.

Technik, die begeistert

Von der gewöhnlichen Dienstbekleidung über die Spezialausrüstung bis hin zur Bewaffnung und den Fahrzeugen findet man hier alles, was sich zur Bewältigung des täglichen Kampfes für die innere Sicherheit nutzen lässt. Vie-

Mit Stabilität und Robustheit. Auf der GPEC gab es unter anderem die neuesten Fahrzeug-Erregenschaften zu bewundern.



wand in die Fahrzeuge einbauen, beispielsweise in die Sonderlichtanlage auf dem Dach. Hilfsmittel, die der Datenschutz bei uns noch blockiert, die in Zeiten der stetigen Gefahr durch dschihadistischen Terrorismus aber durchaus unterstützend agieren könnten. Ähnlich sieht es bei sich in der Diskussion befindenden Bodycams und Quadropten aus ...

Noch großes Entwicklungspotenzial

Äußerst interessant war auch der Blick auf die sogenannten Basics, wobei der Begriff hier eine ordentliche Revolution durchlaufen hat. Man kann sich wesentlich komfortabler bekleiden als es bei der Berliner Polizei gang und gäbe ist. Hier reden wir wirklich von funktionell, leicht und luftig. Bei den Fahrzeugen zeigt sich, dass wir bei den Einbauten für unsere Ausrüstung durchaus noch Entwicklungspotenzial haben, allein schon bei der Struktur unserer Sitze muss man das nahtlos anerkennen. Über die Möglichkeiten eines modern gestalteten Arbeitsplatzes zu sprechen, würde den Textrahmen sprengen. Sicher hat das alles seinen Preis. Doch wer ein massives Aufkommen an Einsatzlagen bewältigen will und die Vorgaben des Arbeitsschutzes wirklich ernst nimmt, braucht das ständige Drängen der Personalräte nicht, sondern kauft auch mal etwas mehr als das Notwendigste und trägt so etwas zur Motivation der eigenen Mitarbeiter bei.

Andreas Volkmann



Die 9. GPEC zog zahlreiche Besucher ins Messegelände nach Leipzig.

Fotos: Andreas Volkmann

les davon könnten wir gut gebrauchen, einiges ist für den deutschen Markt nicht zulässig. So war es schön, sich mal die technischen Errungenschaften zur Kennzeichenabfrage oder Gesichtserkennung anzusehen. Beides lässt sich mittlerweile ohne großen Auf-

Letztere können im Verbund mit der entsprechenden Software viel zur Verkehrsunfallanalyse und zur umfassenden Tatortarbeit beitragen, weshalb sich viele Aussteller nicht ganz unbegründet darauf fokussierten.

**Ob Fitness, Wellness, neues Auto oder Ferienreise:
Wir bieten gute Ideen, attraktive Angebote und erstklassigen Service.**

www.gdp-service.berlin



GdP Service GmbH Berlin

Wir sind ein starkes Team!

Kurfürstenstraße 112 • 10787 Berlin • Telefon 030 210004-41 • info@gdp-service.berlin



WIR GRATULIEREN



Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt. Der andere packt sie kräftig an und handelt.

Dante Alighieri (1265–1321)

Geburtstage

80 Jahre

Horst Gericke, Dir 1
 Klaus Magiera, Dir 1
 Hubertus Nubel, Dir 3
 Hans-Juergen Schooff, Dir 4
 Hans Bertram, Dir 6
 Thilo Piehler, Dir E
 Peter Kings, ZSE
 Ingrid Ostermann, ZSE

85 Jahre

Alfred Diedrich, Dir 1
 Doris Reim, Dir 2
 Ursula Handke, Dir 3
 Axel Schreyer, LKA
 Gerda Geisler, ZSE

90 Jahre

Heinz Ehrich, Dir 1
 Margot Heidanowski, Dir 1

91 Jahre

Ursula Baer, Dir 1
 Heinz Pietrzak, Dir 1

Werner Villbrandt, Dir 1
 Rudi Giersz, Dir 3
 Ingeborg Großkopf, Dir 3
 Irmgard Hoffmann, Dir 4
 Edith Donat, LKA
 Irmgard Hein, ZSE

92 Jahre

Hans-Joachim Rottkowsky, Dir 2
 Käthe Siebert, Dir 3
 Horst Sähn, ZSE

94 Jahre

Elfriede Mucha, Dir 4
 Elfriede Thees, Dir 4

94 Jahre

Wilhelm Sarnes, Dir 1
 Ilse Behrendt, Dir 4

95 Jahre

Kaethe Goerlich, Dir 1
 Heinrich Langkusch, Dir 4

96 Jahre

Margot Klix, Dir 5
 Johann Przondzion, ZSE

100 Jahre

Horst Platz, Dir 5

Jubiläen

25 Jahre

Maik Bierstedt
 Jürgen Malenkowski
 Silke Rudat
 Stephan Sommer
 Marina Venohr
 Birgit Weber

40 Jahre

Irina Berger
 Wolfgang Drost
 Mike Duwe
 Lothar Fritsch
 Gertraud Jahn
 Wilfried Krause
 Bernd Lange
 Ralf Lietzow
 Olaf Olewski
 Horst Sonnenburg
 Horst Viehoefer

50 Jahre

Horst Anacker
 Rainer Boritzki
 Jörg Knebel
 Wolfgang Meister
 Catjano Schilling
 Brigitta Schmüth
 Gerd Seifert
 Gerd Sowitzkat

60 Jahre

Wolfgang Brauer
 Waltraud Brucker

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit rund 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

NACHRUFE

Ingo Berndt, 73 Jahre, Dir 1
 Horst Stiller, 54 Jahre, Dir 2
 Heinz Gustavus, 92 Jahre, Dir 3
 Michael Hille, 60 Jahre, Dir 3
 Joachim Otto, 58 Jahre, Dir E



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir E

Wann: Dienstag, 6. September 2016, 16 Uhr.

Wo: Vereinslokal Hertha Zehlendorf Golden Goal, Onkel-Tom-Straße 52, 14169 Berlin.

Kontakt: Voranmeldung unter 030 4664700808, da ein Imbiss gereicht wird.

Senioren

Dir 1

Wann: Montag, 5. September 2016, ab 13 Uhr.

Wo: Restaurant MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.

Info: Neuer Treffpunkt: gegenüber Rathaus Reinickendorf.

Kontakt: Werner Faber, Tel.: 030 4032839.

Dir 2

Wann: Dienstag, 2. August 2016, 15:30 Uhr.

Wo: Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin.

Kontakt: Regina Geisler, 1. Vorsitzende, Tel.: 030 92124397.

Dir 3

Wann: Dienstag, 6. September 2016, 16 Uhr

Wo: Lokal FRABEA, Afrikanische Straße 90, 13351 Berlin.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 10. August 2016, 16 Uhr.

Wo: Restaurant Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

LKA

Wann: Dienstag, 2. August 2016, 15 Uhr.

Wo: Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.

Info: Vortrag: „Die Aufgaben der Feldjäger in Berlin“.

Wann: Dienstag, 16. August 2016, 10 Uhr.

Wo: Start ist vor dem Hotel PARK INN am Alexanderplatz.

Info: Stadtteilrundfahrt durch vier Bezirke mit dem Bus – Motto der Tour: „Mehr Berlin geht nicht“ – Unkostenbeitrag: 18 Euro. Vorherige Anmeldung erforderlich!

Wann: Dienstag, 6. September 2016, 15 Uhr.

Wo: Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.

Info: Vortrag von Pater Dr. Benno Kuppler, Polizeiseelsorger / Zollseelsorger im Erzbistum Berlin - Thema: „Seelsorge in der Berliner Polizei“.

Kontakt: Jürgen Heimann, 0152 56103527, oder Marianne Fuhrmann, 030 7451353.

Hinweis der Redaktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP wird versuchen, Euch auch in den nächsten Ausgaben über anstehende Termine in den jeweiligen Bezirksgruppen zu informieren. Solltet Ihr hier keine Ankündigungen finden, sind zu hoher Wahrscheinlichkeit auch keine Termine geplant bzw. angesetzt. In den Monaten Juli und August haben sich Eure Gruppen auch nicht plötzlich aufgelöst oder den Betrieb eingestellt, sondern lediglich mal eine Pause eingelegt.

Redaktionsschluss

Beiträge für die September-Ausgabe müssen uns bis spätestens 1. August 2016 vorliegen.

Kontakt zur Redaktion:
jendro@gdp-berlin.de

Hoffest der Dir 5 – Wir waren dabei

Manchmal ist es einfach wichtig, auch mal Danke zu sagen. Tagtäglich sorgen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Direktion 5 mit ihrem Engagement für die Sicherheit in der Stadt. Anfang Juli lud Direktionsleiter Krömer und der Personalrat auf das Gelände an der Friesenstraße, um bei gemütlichem Beisammensein alle Sorgen des Arbeitsalltages zu vergessen. Das Organisationsteam um Silvia Dierkes, Silke Aßmann, Peggy Rienow und Nadine Wiese schuf das richtige Ambiente. Rund 500 Besucher kamen zusammen, lauschten den unterhaltsamen Tönen



der Combo des Polizeiorchesters BB und genossen Leckerer vom Grill, selbst gebackenen Kuchen sowie das eine oder andere Erfrischungsgetränk.



Fotos: Silvia Dierkes

Orthopädie Berlin

Orthopädisches Facharztzentrum
Dr. med. Ricarda Granes
Spezialisierung Fußorthopädie

Kurfürstendamm 199
10719 Berlin
T 030 86008596
T 030 220560190 privat
W orthopaedie-in-berlin.com

Mo Mi Do 8 – 18 Di 8 – 15
Fr 8 – 14 Alle Kassen/Privat
Sa 10 – 12 nur Privat



Das reicht trotzdem nicht!

Überraschung im Berliner Abgeordnetenhaus. Kurz vor der endgültigen Beschlussfassung am 9. Juni 2016 entschied die Mehrheit, doch noch etwas für die Berliner Beamtinnen und Beamten zu tun. Eigentlich sah die Senatsvorlage lediglich vor, das Tarifergebnis für 2016 des TV-L von 2,3 Prozent mit der in Berlin gesetzlich vorgesehenen Aufstockung von 0,5 Prozent zu versehen. Abschließend aber stimmte man dann noch mehrheitlich dafür ab, die tarifvertragliche Regelung, den unteren Einkommensgruppen mindestens eine Pauschale von 75 Euro zu zahlen, auch auf Berlin anzuwenden.

Im Schnecken tempo zur Besoldungsangleichung

Insgesamt wird nun um drei Prozent erhöht, wobei 0,2 Prozent direkt in die Versorgungsrücklage fließen. Die technische Umsetzung der 2,8 Prozent auf unsere Gehälter für den Monat August 2016 ist bereits zugesagt. Es könnte jedoch sein, dass die Einpassung der 75 Euro in das Gehaltssystem des Landesverwaltungsamtes etwas auf sich warten lässt. Es werden also erst einmal 2,8 Prozent für alle gezahlt, die Anrechnung der Pauschale erfolgt rückwirkend – und hoffentlich nicht erst zum Dezember-Gehalt. Die Senatskoalition wähnt uns damit auf einem guten Weg in Richtung Angleichung an den Besoldungsdurchschnitt der Länder und des Bundes.

Dass sie bei diesem Schnecken tempo weiter in unabsehbarer Ferne auf uns wartet, kann man im aktuellen DGB-Besoldungsreport nachlesen und grafisch vor die Nase geführt bekommen. Berlin bleibt Besoldungsschlusslicht. Im Report des DGB ist klar ersichtlich, dass das in Berlin gewählte Verfahren der 0,5-Prozent-Aufstockung auf den zeitgleichen TV-L-Abschluss nicht wirklich etwas an unserem Zustand verändert. Die Balkendiagramme sprechen Bände – auch wenn die

2,8 Prozent Besoldungsanpassung, die wir nun ab 1. August 2016 bekommen, hier noch nicht eingerechnet ist.

Abgelehnt, neu beschriftet und zugestimmt

Im Abgeordnetenhaus war man sich zuletzt wie so oft auch nicht so ganz im Klaren darüber, wie es weitergehen soll. Aber undurchsichtige Politik und Meinungskehrtwenden gehören im Wahl-

rückwirkend zum 1. März 2016 und somit zeitgleich mit unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestaltet wird. Allein das würde uns spürbar voranbringen. Es bleibt zu hoffen, dass ein neues Abgeordnetenhaus ab September mehr Mut für wirksame Beschlüsse mitbringt.

Unabhängig von neuen Mehrheiten und Meinungen im Berliner Parlament wird die Gewerkschaft der Polizei nicht nachlassen, weiter den Finger in die of-

S12 In der abgebildeten Grafik zum Brutt Jahresgehalt der Besoldungsstufe A 9 aus dem DGB-Besoldungsreport deutlich sichtbar: Berlin ist Besoldungsschlusslicht. 1356,05 Euro weniger als in Brandenburg, 3230,69 weniger als beim Bund und 4371,57 weniger als in Bayern. Grafik: DGB



*Summe aus Jährl. Grundgehalt, Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlungen; eigene Berechnungen DGB BfV, Abz. OEE; Stand Mai 2016. Mecklenburg-Vorpommern hat die Höhe der S2 für 2016 noch nicht festgelegt.

jahr sicher dazu. So wurde der Oppositionsantrag, die Senatsvorlage nachzubessern, im Innenausschuss am 6. Juni 2016 von den Regierungsfractionen abgelehnt. Der Hauptausschuss empfahl zwei Tage später die 75-Euro-Pauschale, der Antrag kam diesmal von SPD und CDU – er ähnelte der Vorlage der Opposition bis ins Mark und bildete die Grundlage für die endgültige Beschlussfassung im Plenum. Der sogenannte Sockelbetrag wird nun folglich ins Gesetz übernommen und auf die unteren Besoldungsgruppen bis A 9 angewandt. Ein weitergehender Antrag der Oppositionsparteien, eine auf dem Weg zur Angleichung realistischere Anpassung von 3,5 Prozent für alle Besoldungsgruppen zu beschließen, wurde mehrheitlich abgewiesen.

Sparen auf Kosten der Beschäftigten geht zulasten demokratischen Zusammenlebens

Unklar ist weiterhin, warum die Besoldungsanpassung nicht konsequent

fenen Wunden zu legen. Wir werden uns unverändert für eine wirksame Erhöhung der Erschwerniszulagen einsetzen, damit der kräftezehrende Schichtdienst unserer Kolleginnen und Kollegen zumindest finanziell angemessen gewürdigt wird. Themen wie die fragwürdige Kostendämpfungspauschale müssen wieder auf den Tisch und wir sollten uns ernsthaft über die mickrige Sonderzahlung unterhalten.

Parallel dazu unterstützen wir Musterklagen zur Durchsetzung der Amtsgemessenen Besoldung in Zusammenarbeit mit der ehemaligen Volksinitiative, dem Bund Deutscher Kriminalbeamter und dem Deutschen Richterbund. Die Klageverfahren sind erwartungsgemäß umfangreich und langwierig. Letztlich muss Politik endlich begreifen, dass „Sparen auf Kosten der öffentlichen Beschäftigten“ sich gegen sie selbst richtet, weil damit ihre eigenen Handlungsspielräume und letztlich unser demokratisches Zusammenleben zerstört wird.

Arne Wabnitz

Geschäftsstelle des Landesbezirkes

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 030 210004-0
Mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de
www.gdp.de/Berlin

Bürozeiten
Montag bis Donnerstag
9:00 bis 15:00 Uhr
Freitag
9:00 bis 14:00 Uhr

GdP Service GmbH Berlin

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 030 210004-0
Mail: info@gdp-service.berlin
www.gdp-service.berlin

